

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 15.10.2009 gefassten Beschlüsse (Art. 52 Abs. 3 GO)

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 15.10.2009 wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

37 Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses vom 15.10.2009

38 6 Beschluss: 6 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses vom 15.10.2009, die den Umwelt- und Energieausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde, wird genehmigt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Unterstein war noch nicht anwesend

Energiesparförderprogramm; Änderung der Richtlinien

Auf Empfehlung der Stadtwerke München GmbH, die die Auftragsbearbeitung der Anträge durchführt, sollten die Richtlinien des Energiesparförderprogramms in zwei Punkten geändert werden. Darüber hinaus wird empfohlen, den Auftrag der Stadtwerke München GmbH um eine Kontrolle des Selbstbaus zu erweitern.

1. Wärmedurchgangszahl Fenstererneuerung

An den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 15.10.2009, Nr. 32, wurde erinnert. Aufgrund der Neufassung der Energieeinsparverordnung (EnEV) wurden darin die Anforderungen an die Wärmedurchgangszahl bei Ersatz und Erneuerung von Bauteilen neu festgelegt. Unter anderem wurde beschlossen, dass bei einem Austausch der Fenster zukünftig eine Wärmedurchgangszahl von $1,10 \text{ W} / \text{m}^2 \times \text{K}$ nicht überschritten werden darf (vorher betrug der Wert $1,30 \text{ W} / \text{m}^2 \times \text{K}$). In der Praxis hat sich aber mittlerweile herausgestellt, dass dieser Wert zu hoch ist und daher kaum eingehalten werden kann. Fenster mit einer Wärmedurchgangszahl von max. $1,10 \text{ W} / \text{m}^2 \times \text{K}$ gibt es zwar auf dem Markt, nur sind die so teuer, dass sich kaum ein Bauherr diese Anschaffung leisten kann. Ein Wert von $1,20 \text{ W} / \text{m}^2 \times \text{K}$ ist laut Aussage der Stadtwerke München GmbH schon deutlich besser als der vorgeschriebene Wert der EnEV, daher wird vorgeschlagen, die verlangte Wärmedurchgangszahl für den Austausch von Fenstern von $1,10$ auf $1,20 \text{ W} / \text{m}^2 \times \text{K}$ anzuheben.

2. Formulierung Thermische Solaranlagen

Bisherige Formulierung:

Gefördert wird der Einbau thermischer Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung. Es werden nur Kollektoren gefördert, für die von einer anerkannten DIN-Prüfstelle die Einhaltung der Anforderungen nach DIN EN 12975 nachgewiesen wurde bzw. das Prüfzeichen Solar Key-mark besitzen. Dem Antrag ist eine Berechnung der Energieeinsparung vorzulegen (in der Regel erstellt durch den Anbieter). Solaranlagen zur Beheizung von Schwimmbädern, Gewächs- und Gartenhäusern sind von der Förderung ausgeschlossen. Der Mindest-Deckungsgrad der Solaranlage muss bei Wohngebäuden bis zu 2 WE mindestens 50 % des Energiebedarfs zur Warmwasserbereitung betragen, für die übrigen Gebäude 30 %. Der Einbau eines Wärmemengenzählers oder eines ähnlich geeigneten Funktionskontrollgeräts ist für die Gewährung des Zuschusses verpflichtend!

Laut Schreiben der Stadtwerke München GmbH vom 12.03.2010 sollte eine Trennung der Anforderungen für die Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung durchgeführt werden.

Geänderte Formulierung:

Der Einbau thermischer Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung in privaten Wohngebäuden wird gefördert, wenn

- * der Mindestdeckungsgrad der Solaranlage zur Brauchwassererwärmung in Gebäuden bis zu 2 Wohneinheiten 40 %, ansonsten 30 % beträgt,
- * bei Anlagen zur Heizungsunterstützung ein Mindestdeckungsgrad von 10 % des Heizenergiebedarfs nachgewiesen wird (realistische computergestützte Simulationsberechnung),
- * die Solaranlage mit einem Wärmemengenzähler oder einem Funktionskontrollgerät ausgestattet ist,
- * die Anlage ein Prüfzeichen einer anerkannten DIN-Prüfstelle besitzt und
- * eine Berechnung der Energieeinsparung (Simulationsberechnung) vorgelegt wird.

3. Überprüfung Selbstbau

Eine U-Wert-Berechnung von Maßnahmen, die vom Bauherrn im Selbstbau durchgeführt wurden, war bisher nicht im Arbeitsauftrag der Stadtwerke München GmbH enthalten. Gemäß Angebot der Stadtwerke vom 06.07.2009 kann die Überprüfung dieser Maßnahmen zum Preis von 25,- € zzgl. MWSt. durchgeführt werden. Es wird empfohlen, dem Angebot zuzustimmen.

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Den vorgeschlagenen Änderungen der Richtlinien des Energiesparförderprogramms wird zugestimmt. Der Höchstwert der Wärmedurchgangszahl bei Ersatz und Erneuerung von Außenfenstern wird von 1,10 auf 1,20 W / m² x K verringert. Die Anforderungen für Punkt 2.2 des Energiesparförderprogramms (Förderung thermischer Solaranlagen) werden neu formuliert.

Beide Änderungen gelten rückwirkend für alle Anträge, die seit dem 01.01.2010 eingereicht wurden.

Die Stadtwerke München GmbH wird beauftragt, bei Maßnahmen im Selbstbau U-Wert-Berechnungen zum Angebotspreis von 25,- € zzgl. MWSt. pro Antrag durchzuführen. Die Kosten dafür sind vom Antragsteller zu tragen.

Az.: 8613
3.30, 2.0

Das Gemeinderatsmitglied Herr Unterstein war noch nicht anwesend

Sanierung der unterirdischen Wertstoffsammelstelle in der Ahornstraße; Auftragsvergabe

Die fünf unterirdischen Container in der Ahorn-/Blumenstraße wurden von der Firma Paul Wolff, Mönchengladbach, im Jahr 2000 eingebaut, es war die erste unterirdische Wertstoffsammelstation in der Gemeinde. Im Laufe der letzten Jahre gab es aber immer wieder Probleme mit den Zugseilen der Sicherungsplattformen, da diese sich bei der Entleerung immer wieder verkeilen und durch die Belastung reißen. Folge davon ist, dass sich die Sicherheitsplattformen nicht mehr hochfahren lassen.

Gemäß Angebot der Firma Wolff vom 16.03.2010 würde die Nachrüstung der Container 8.177,09 € (brutto) betragen. Dabei werden an den 5 Containern folgende Arbeiten durchgeführt:

- * Einbau eines neuen Tragrahmens, Verschweißung mit den Hauptrahmen und zusätzliche Verstärkung der Eckpunkte;
- * Austausch aller Seile,
- * Austausch der Zugseilrollen,
- * Austausch der Abdeckbleche der Sicherungsböden.

Durch die Umrüstung würden die bisherigen Schwachstellen beseitigt werden und zukünftig eine sichere Entleerung gewährleistet sein.

40

7

Beschluss: 7 : 0

Die Firma Paul Wolff, Mönchengladbach, wird gemäß Angebot vom 16.03.2010 beauftragt, die Nachrüstung der fünf Unterflurcontainer in der

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ahornstraße zum Preis von 8.177,09 € (brutto) vorzunehmen. Die Kosten werden überplanmäßig auf der Haushaltsstelle 7200.5010 verbucht.

Az.: 1763
3.30; 2.0

Umbau einer Lagerhalle im Wertstoffhof, Birkenhofstraße 12

Grund für den Umbau ist, dass aufgrund der steigenden Nachfrage nach Biotonnen der bisherige Lagerplatz im Wertstoffhof nicht mehr ausreicht. Die Tonnen stehen zurzeit auch im Freien und müssen daher vor der Auslieferung jedes Mal gereinigt werden. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Arbeitsraum zum Reparieren der Tonnen benötigt.

Die Lagerhalle soll dabei in drei Teile unterteilt werden: im vorderen Teil stehen zukünftig die beiden Container für die Asbest- und Mineralwollesammlung; der mittlere Teil soll als Lagerplatz für die Biotonnen verwendet werden und der hintere Teil, wie bisher, für die Lagerung des Häckselguts.

Um die Biotonnen vor Staub und vor Diebstahl zu schützen, soll eine stabile, geschlossene Einfriedung um den Lagerplatz errichtet werden.

Durch das technische Bauamt wurde ein Leistungsverzeichnis erstellt und ein Angebot eingeholt. Das Angebot der Firma Lechner, Grafing, vom 14.04.2010 beläuft sich auf 4.153,67 € brutto. Dazu kommen noch die Kosten für die Errichtung eines Schutzdaches je nach Ausführung (Foliendach ca. 1.000 €, Festdach ca. 2.000 €).

41 7 Beschluss: 7 : 0

Dem Umbau der Lagerhalle im Wertstoffhof wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, drei zusätzliche Angebote einzuholen und den wirtschaftlichsten Anbieter zu beauftragen.

Az.: 1763
2.0, 3.3

Abfallentsorgung Kirchenfriedhof und Parkfriedhof; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Sachstandsbericht des Umweltamtes wurde zur Kenntnis genommen. Der Bericht wurde den Gemeinderäten am 16.04.2010 zugestellt.

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der mittlerweile nicht mehr zu akzeptierenden Zustände bei der Abfallentsorgung im Kirchenfriedhof werden seitens der Verwaltung drei Alternativen für eine zukünftige Abfallentsorgung im Kirchenfriedhof vorgeschlagen und im Sachstandsbericht ausführlich erläutert.

1. Abzug aller Müllbehälter (Rest- und Biomüll) und Ersatz durch kleine Papierkörbe. Hinweis an die Friedhofsbesucher, ihre Abfälle wieder mit zu nehmen. Zweimal im Jahr (im Frühjahr und Herbst) wird, wie im Parkfriedhof, für die Dauer von 1 – 2 Wochen ein 3 m³ - Absetzcontainer für Gartenabfälle am Kirchenweg aufgestellt. Der Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben. Der Absetzcontainer für die Friedhofserde bleibt wie bisher stehen und wird je nach Bedarf vom Friedhofspersonal geöffnet.
2. Abzug der Biotonnen und Beendigung der Abfalltrennung in Restmüll und Gartenabfälle. Alle Abfälle, mit Ausnahme der Friedhofserde, werden zukünftig nur noch über die aufgestellten Restmüllbehälter entsorgt. Die beiden 1.100 – Großraumtonnen werden abgezogen und durch einen 3 m³ - Restmüllcontainer ersetzt, der nach Bedarf durch die Firma J. & A. Rauscher entleert wird. Die beiden 240 l – Biotonnen im Gemeindeteil des Friedhofs werden versuchsweise durch Restmülltonnen gleicher Größe ersetzt und vierzehntägig vom Friedhofspersonal über den Privatweg zur Sammelstelle am Kirchenweg gebracht. Der Absetzcontainer für die Friedhofserde bleibt wie bisher stehen und wird je nach Bedarf vom Friedhofspersonal geöffnet.
3. Zur Verbesserung des Ortsbildes werden die Abfalltonnen vom Kirchenweg abgezogen und in einem Müllhäuschen untergebracht. Da dies nur im Kirchenteil des Friedhofs möglich ist, wird die Kirche um Einverständnis gebeten, dass die Gemeinde neben der Aussegnungshalle ein Müllhäuschen errichtet. Nach Errichtung der Müllsammelstelle wird versuchsweise die Abfalltrennung wieder eingeführt. Die dafür erforderlichen Behälter (Restmüll / Biomüll) werden aufgestellt. Sollte die Kirche damit nicht einverstanden sein, dann wird die Abfallentsorgung zukünftig gemäß Alternative 1 oder 2 durchgeführt.

Da im Parkfriedhof die Abfallentsorgung etwas besser funktioniert, sollte es hier bei der bisher praktizierten Lösung bleiben. Die Friedhofsmitarbeiter sollen die Trennung der Abfälle weiterhin händisch vornehmen und in die entsprechende Behältnisse zu entsorgen.

42

7

Beschluss: 7 : 0

Abzug der Biotonnen und Beendigung der Abfalltrennung in Restmüll und Gartenabfälle. Alle Abfälle, mit Ausnahme der Friedhofserde, werden zukünftig nur noch über die aufgestellten Restmüllbehälter entsorgt. Die beiden 1.100 l – Großraumtonnen werden abgezogen und durch einen 3 m³ - Restmüllcontainer ersetzt, der nach Bedarf durch die Firma J. & A. Rauscher entleert wird. Die beiden 240 l – Biotonnen im Gemeindeteil des Friedhofs wer-

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den versuchsweise durch Restmülltonnen gleicher Größe ersetzt und vierzehntägig vom Friedhofspersonal über den Privatweg zur Sammelstelle am Kirchenweg gebracht. Der Absetzcontainer für die Friedhofserde bleibt wie bisher stehen und wird je nach Bedarf vom Friedhofspersonal geöffnet.

Die Abfallentsorgung im Parkfriedhof wird wie bisher vollzogen. Die Friedhofsmitarbeiter werden die Fehlwürfe in den Gitterboxen weiterhin händisch aussortieren und in die entsprechenden Behältnisse entsorgen.

Az.: 5543
3.30, 3.20, 3.40

Bekanntmachungen und Anfragen

Bekanntmachungen

Sachstandsbericht Vollzug Baumschutzverordnung

Es wurde seitens der Verwaltung an die Baumschutzverordnung erinnert, die am 1. April 2009 in Kraft getreten ist, und somit seit etwa einem Jahr vollzogen wird.

Anzahl Anträge bis 16.04.2010:	10
davon genehmigt:	10
Ersatzpflanzung gefordert *):	4

*) im Einvernehmen mit dem Grundstückseigentümer

Beteiligung an der Aktion gentechnikfreie Gemeinde

An den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.10.2008, Nr. 21, wurde erinnert.

Die Verwaltung wird beauftragt, an die Unterföhringer Landwirte heranzutreten mit der Bitte, sich freiwillig zu verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut zu verwenden. Auf allen gemeindeeigenen Ackerflächen, die neu zur Verpachtung anstehen, wird zukünftig im Pachtvertrag der Anbau von gentechnisch verändertem Saat- und Pflanzgut untersagt.

Die Selbstverpflichtungserklärung wurde von 4 Unterföhringer Landwirten unterzeichnet:

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Regelung von Hubschrauberflügen im Gemeindegebiet

Anfrage von Gemeinderat Unterstein in der letzten Sitzung vom 15.10.2009, ob es eine Regelung über Hubschrauberflüge über das Wohngebiet der Gemeinde gäbe (ZDF, Pro7).

Nach § 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) ist die Benutzung des Luftraums durch Luftfahrzeuge grundsätzlich frei. Das bedeutet, dass jeder Inhaber einer gültigen Pilotenlizenz im Rahmen der Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) fliegen darf. Das Luftverkehrsrecht ist insoweit vergleichbar mit dem Straßenverkehrsrecht: Jeder Führerscheininhaber darf sich im Rahmen der Rechtsvorschriften der jeweiligen Verkehrsordnung – selbstverständlich mit einem ordnungsgemäß zugelassenen Fahrzeug – frei bewegen. Das Luftfahrt-Bundesamt berücksichtigt den Lärmschutz bei der Zulassung von Flugzeugen nach internationalem Recht.

Ein Pilot darf mit dem Helikopter nicht überall landen. Es ist im Einzelfall abzuklären, welche Bedingungen (Bebauungssituation, Hindernisse, Luftraumklasse, Beschaffenheit der Landefläche usw.) vor Ort herrschen. Wenn diese eine Landung "technisch" zulassen, dann sind einige Zustimmungen bis hin zu einer Genehmigung vom Luftfahrtamt erforderlich. Landungen auf Flughäfen, Flugplätzen und Hubschrauberlandeplätzen sind hingegen einfach möglich!

Stellungnahme des Ordnungsamtes vom 11.02.2010:

Nach Rücksprache mit der Regierung von Oberbayern handelt es sich bei den im Gemeindegebiet durchgeführten Hubschrauberflügen um gewerblich durchgeführte Flüge berechtigter Luftfahrtunternehmen, die sich im Besitz einer Allgemeinerlaubnis der zuständigen Luftfahrtbehörde befinden. Diese Erlaubnis berechtigt zum Starten und Landen außerhalb geschlossener Ortschaften generell und innerhalb geschlossener Ortschaften in Industrie- und Gewerbegebieten. Eine Unbedenklichkeitserklärung der Gemeinde (Ordnungsamt) benötigen diese Unternehmen nicht, diese wäre nur bei privaten Flügen erforderlich.

Regelung des Betriebs von Modellflugzeugen

Anfrage von Gemeinderat Zehetmair in der letzten Sitzung vom 15.10.2009, ob es immissionsschutzrechtliche Bestimmungen für den Betrieb von Modellflugzeugen gibt, da in der letzten Zeit immer mehr Personen Modellflugzeuge im Bereich des Etzwegs fliegen lassen.

Der Betrieb von Modellflugzeugen ist in § 16 Abs. 1 Ziffer 1 Luftverkehrsverordnung (LuftVO) geregelt:

§ 16 Erlaubnisbedürftige Nutzung des Luftraums

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 19.04.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(1) Die folgenden Arten der Nutzung des Luftraums bedürfen der Erlaubnis:

1. der Aufstieg von Flugmodellen

a) mit mehr als 5 Kilogramm Gesamtmasse,

b) mit Raketenantrieb, sofern der Treibsatz mehr als 20 Gramm beträgt,

c) mit Verbrennungsmotor in einer Entfernung von weniger als 1,5 Kilometern von Wohngebieten,

d) aller Art in einer Entfernung von weniger als 1,5 Kilometern von der Begrenzung von Flugplätzen, auf Flugplätzen bedarf der Betrieb von Flugmodellen darüber hinaus der Zustimmung der Luftaufsichtsstelle oder der Flugleitung.

Betrieb in der Gemeinde Unterföhring:

Ein Modellflugzeug unter 5 Kilogramm Gewicht bedarf keiner speziellen Starterlaubnis, allerdings ist ein Mindestabstand von 1,5 km zu Wohngebieten einzuhalten, wenn das Modellflugzeug mit einem Verbrennungsmotor betrieben wird. Somit wäre ein Betrieb dieser Flugzeuge nur östlich des Feringasees möglich.

Anfragen

Anfrage von Gemeinderat Rott, ob die Entsorgungsfirma Rauscher die Gartencontainer an der Feuerwehr auch am Samstag leeren kann.

Anfrage von Gemeinderat Zehetmair, wie die Verwendung von Streumitteln zukünftig geregelt sein wird, insbesondere die Frage ob Salz für private Hausbesitzer generell verboten ist.

Thomas Weingärtner
Zweiter Bürgermeister

Otto Kraus
Schriftführer